Büro für Sozialplanung, 29.02.2024, 51-2338

Mitteilung für die Ausschüsse

Beirat für Behindertenfragen 20.03.2024
Integrationsrat 20.03.2024
Sozial- und Gesundheitsausschuss am 09.04.2024
Jugendhilfeausschuss am 10.04.2024
Schul- und Sportausschuss 23.04.2023
Seniorenrat am 24.04.2024
Psychiatriebeirat am 22.05.2024

Thema:

Handlungsempfehlungen zum Lebenslagenbericht 2023

Mitteilung:

Mit der Vorstellung des Lebenslagenberichts 2023 wurde ein partizipativer Prozess mit dem Ziel gestartet, Handlungsempfehlungen auf Basis des Berichts zu erarbeiten, die den politischen Gremien in der ersten Jahreshälfte 2024 vorgestellt werden sollten (Drs.-Nr. 5866/2020-2025).

Das Büro für Sozialplanung hat den Lebenslagenbericht seitdem in der Politik, bei freien Trägern der Wohlfahrtspflege und in der Verwaltung vorgestellt und diskutiert und dabei erste Hinweise für die Entwicklung von Handlungsempfehlungen gewonnen.

Aktuell stehen jedoch die Erarbeitung von Rahmenbedingungen für die neue Vertragsperiode 2026-2028 der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen (LuF) und die Erarbeitung von Lösungen für die derzeitigen Herausforderungen der Träger im Vordergrund. Die Abstimmung erfolgt derzeit in einem Prozess zwischen Politik, Verwaltung und den freien Trägern der Wohlfahrtspflege. Ob und wie neue Rahmenbedingungen und Lösungen gefunden werden können, beeinflusst maßgeblich die zukünftige Arbeit der freien Träger.

Vor diesem Hintergrund beabsichtigt die Verwaltung, zunächst die Ergebnisse der genannten Abstimmungen abzuwarten und erst im Anschluss daran der Politik Handlungsempfehlungen auf Basis des Lebenslagenberichts und darauf basierender fachlicher Diskussionen vorzulegen.

Sie sollen in einer Fachkonferenz, die zeitlich nach dem LuF-Eckdatenbeschluss liegt, entwickelt bzw. priorisiert und bei Bedarf inhaltlich umgesteuert werden. Auf diese Weise können die neuen LuF-Rahmenbedingungen im Entwicklungsprozess der Handlungsempfehlungen sowohl auf Seiten der Politik und Verwaltung als auch bei den Träger der Wohlfahrtspflege berücksichtigt werden.

Ingo Nürnberger
Erster Beigeordneter